

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

125 (2.6.1931)







tur voran und dann immer wieder zwei Schritte in der Krise zurück. Aufbauen, um immer wieder zerstören zu müssen — zerstören müssen, um wieder aufbauen zu können. Wenn das kapitalistische Unternehmertum glaubt, den Zusammenbruch seines Kapitalgebäudes durch Lohnabbau verhindern zu können, dann mühte es inwäsende eingelebten haben, welsch ein furchtbarer Irrwahn das ist. Es scheint aber, als ob die Altersschwäche des kapitalistischen Systems auch zu einer Verkalkung des kapitalistischen Denkapparates führt!

**Die Arbeitszeit.**

Vor 10 Jahren hatte S. Stinnes in einer feierlichen Erklärung proklamiert: Wenn das deutsche Volk sich nicht vom Achtstundentag loskoppelt und zum Zehnstundentag übergeht, wird es die Grundlage seiner Existenz nie wieder finden. Heute würde wohl niemand mehr den Mut aufbringen, eine solche These aufzustellen.

Es kann nicht mehr die Rede davon sein, daß der Achtstundentag zu kurz ist, man kann nur noch darüber diskutieren, um wieviel er zu lang ist.

Der Arbeitsmarkt redet in dieser Beziehung eine absolut deutliche und ganz eindeutige Sprache.

Die einfache Tatsache ist diese: Wir haben einen Grad der Arbeitsintensität erreicht, daß es gar nicht mehr möglich erscheint, im Rahmen der bisherigen normalen Arbeitszeit alle Menschen vom Arbeitsmarkt jemals wieder unterzubringen. Es gibt nur zwei Lösungen: Entweder der Verbrauch steigt so gewaltig an, daß der Arbeitsmarkt durch vermehrte Beschäftigung leer werden kann. Daß das kapitalistische System diesen Ausweg ermöglicht, ist nicht zu erhoffen. Deswegen bleibt nur die andere Lösung übrig, nämlich eine Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf die vorhandenen Arbeitskräfte.

Wir fordern die 40stündige Arbeitswoche, nicht nur als Notmaßnahme für den Augenblick, sondern für die Dauer und sind überzeugt, daß im Rahmen auch dieser Arbeitszeit die Versorgung der Gesellschaft, soweit sie im Kapitalismus überhaupt denkbar ist, gewährleistet werden kann.

Was sollen wir aus der gegenwärtigen ökonomischen Krise für Schlussfolgerungen für den Bestand des kapitalistischen Systems ziehen? Einige Genossen glauben, daß es sich diesmal nicht mehr um eine zyklische Krise, der wieder ein Aufschwung folgen würde, handelt, sondern um die entscheidende, um die endgültige Krise, die nur durch den

**Zusammenbruch des Kapitalismus**

beendet werden könnte. Ich glaube, daß man mit solchen Prognosestellungen sehr vorsichtig sein muß. Es ist richtig, daß die gegenwärtige Krise an Umfang und Tiefe alle früheren Krisen übersteigt. Trotzdem wird man mit einiger Sicherheit annehmen dürfen, daß die Wirtschaft die Wege finden wird, die wieder zum Aufstieg führen. Die Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerfahrungen auch schon die sichtbaren Anzeichen dafür, daß ein

**Umschwung sich vorbereitet,**

was natürlich noch nichts über die Zeitdauer sagt, mit der dabei zu rechnen ist.

Nun stehen wir allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch, ja — was soll ich da sagen? — als Arzt. Der heilen will? oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann? Wir sind, wie mir scheint, dazu verdammt, uns sowohl als Erbe zu fühlen, der die Hinterlassenschaft lieber heute als morgen antreten möchte, wie aber auch als Arzt, der hellen muß, weil davon das Leben derer abhängt, für die er die Verantwortung trägt. Diese Doppelrolle, die uns die geschichtliche Situation aufzwingt, ist gewiss keine sehr einfache Situation. Wir müssen aber damit fertig werden. Konkret ausgedrückt heißt die Aufgabe,

das kapitalistische System überwinden, aber die Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern sie zu verbessern.

Wie das russische Experiment einmal auslaufen wird, das kann heute noch niemand sagen. Was wir aber wissen ist, daß

seit 14 Jahren das russische Volk in einem dunklen Söldental des Elends herumgeführt wird, das die schlimmsten Zustände des kapitalistischen Systems selbst in der Krise noch übersteigt.

Es wäre sehr töricht von uns, etwa den Zusammenbruch des russischen Experiments zu wünschen. Die Bolschewiki haben soviel zur Kritikentwicklung des Sozialismus in aller Welt getan, daß wir schon aus diesem Grund wünschen müßten, daß ihnen auch einmal wirkliche Erfolge blühen möchten. Aber selbst wenn wir das annehmen wollten, was will das für eine etwaige Anwendung auf Deutschland besagen? In Rußland entfielen nach der Volkszählung von 1925 nicht weniger als 87 Prozent der Bevölkerung auf die Landwirtschaft, und für diese sechs Siebentel des Volkes hat man sich die Lösung des ökonomischen und sozialen Problems zunächst außerordentlich einfach gemacht. Sie beruhte auf dem Grundsatz: „Weiß' auf dem Lande und nähere dich rotlich.“ Soweit der Boden reichlich, gab man den Landproletariern ein Stück Ackerland und stellte im übrigen die Fiktion auf, daß für die Landbevölkerung die soziale Frage gelöst sei. Wir wissen, wie wenig diese Fiktion mit der Wirklichkeit übereinstimmte. Wir können nicht sechs Siebentel der Bevölkerung einfach auf das Land hinausjagen und sich selbst überlassen. Wir haben eine industrielle Bevölkerung zu versorgen. Im Industriegebiet haben die russischen Methoden zunächst einen völligen Zusammenbruch herbeigeführt, so daß uns dieses Beispiel wirklich nicht zur Nachahmung anreizen kann.

Die deutsche organisierte Arbeiterschaft will den Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft.

Sie will den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer sozialen Lage, aber nicht als eine noch weitere Verschlechterung. Deshalb können wir nur eine Politik verfolgen, die geeignet ist, die Krise zu mildern und zu überwinden und gleichzeitig die Entwicklung zum Sozialismus zu beschleunigen!

**Praktische Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik**

Ein Generatresant dafür gibt es nicht. Auch mit keiner sogenannten „revolutionären Aktion“ läßt sich dieses Problem lösen. Wir können nur wirtschaftspolitische Richtlinien für die Gesamtpolitik aufstellen. Durch die Forderung einer entsprechenden internationalen Politik müssen wir versuchen, den Kapitalstrom wieder in normale Bahnen zu lenken und die Kapitalversorgung Deutschlands zu bessern. Die Sicherung des Weltfriedens und die internationale Abrüstung sowie ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Staaten auf diesem Gebiete gehören dazu. Es müssen auch internationale Maßnahmen getroffen werden gegen die Kapital-

knapp. Wenn wir in diesem Zusammenhang die Aufhebung der Reparationszahlungen und die Streichung der internationalen Kriegsschulden fordern, so ist das keine Schwenkung unserer Reparationspolitik. Wir sind für Verständigung eingetreten, weil dies der einigste und schnellste Weg war, um das Ziel der endgültigen Befreiung zu erreichen. Angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der offenkundigen Tatsache, daß das Reparationsystem ein schwerer Störfaktor für die ganze Weltwirtschaft ist, haben gerade wir nun auch das Recht, die Befreiung der Reparationen zu fordern. Für die innere Wirtschaftspolitik fordern wir schärfste Kontrolle des Monopolkapitalismus, wozu ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstag schon vorgelegt ist. Wir fordern einen Abbau der Zollmauern und protestieren damit auf das entschiedenste gegen die hochschulnnerliche Agrarpolitik der gegenwärtigen Regierung, die neben der Verteuerung der Ernährung unsere ganze weltwirtschaftliche Position auf das Schwerste bedroht. Systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik und planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand sind weitere Möglichkeiten. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft bei der Gesamtregelung der Volkswirtschaft verläßt, um so mehr muß die öffentliche Hand für diesen Zweck angeleitet werden. Aus diesem Grunde fordern wir auch eine Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, denn die innere Fehlleitung von Kapital hat wesentlich zur Krisenverschärfung beigetragen. Wir fordern einen weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und weisen schließlich auf die Notwendigkeit hin, Auslandskredite herbeizuholen, um damit in erster Linie Arbeitsbeschaffungspläne durchzuführen. Wir fordern weiter die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und die Unterstüzung einer Lohnpolitik zur Verstärkung der Massenkaufkraft. Selbstverständlich haben wir uns zu wehren gegen die Angriffe auf die sozialen Einrichtungen und müssen für ihren weiteren Ausbau kämpfen.

Man kann all die vorgeschlagenen Maßnahmen zusammenfassen unter dem Titel:

**Verstärkung des staatswissenschaftlichen Einflusses auf die Wirtschaft — Einengung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Wirtschaft — Ausbau der sozialen Funktionen des Staates.**

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, würden bereits die Konstruktoren einer Gesellschaftsordnung sein, die dem Sozialismus näher stände als dem Kapitalismus. Allerdings hängen Ausmaß und Tempo dieser Entwicklung nicht von den Formulierungen ab, sondern von

**Umfange unserer politischen Macht,**

die wir für die Durchsetzung der Richtlinien aufbringen können. Wie steht es denn überhaupt mit den

**Aussichten des Sozialismus?**

Immer stärker wird die

**Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate,** immer größer damit der gesellschaftliche Einfluß über die Wirtschaft. Und mit der Demokratisierung der Staaten wächst auch der Einfluß des Proletariats in der Wirtschaft. Mit Recht hat der bürgerliche Professor Schmalenbach den Unternehmern suggeriert: „Ihr seid, wenn auch unbewußt, Volkstreue des Testaments des großen Sozialisten Karl Marx!“

In früheren Krisen hat sich die Gesellschaft überhaupt nicht um die Opfer des Kapitalismus gekümmert, außer einer erdärmlichen und entbehrlichen Armenunterstützung für Arbeitsunfähige. Der gesamte Aufwand, der dafür in dem schweren Krisenjahre 1885 gemacht worden ist, belief sich für das ganze Reich auf 91 Millionen Mark.

Fast 3 Milliarden Mark sind im Jahre 1931 an die Erwerbslosen ausgezahlt worden!

Die gesamte Sozialversicherung hat im Jahre 1929 fast 7 Milliarden Mark ausgezahlt gegen 1,14 Milliarden im Jahre 1913. Im Reichsetat standen damals dafür 58 1/2 Millionen, 1929 1578 Millionen.

Wir sind mit diesen sozialen Leistungen noch längst nicht zufrieden. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Wirtschaft noch mehr leisten kann. Wir müssen aber auch beachten, daß in diesem Fortschritt doch schon ein nicht geringes Stück verwirklichter Sozialismus steckt. Neben den sachlichen Voraussetzungen müssen auch die psychologischen zur Verwirklichung des Sozialismus ansetzen sein. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung wird das gesellschaftliche Bewußtsein geformt durch das ökonomische Sein. Die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems müßte sich also ideologisch in eine Abkehr von diesem System widerspiegeln. Nun sehen wir in Wirklichkeit

**ein harte „antimarxistische“ Bewegung.**

Ist das ein Widerspruch? Nein, die proletarischen Massen, die heute hinter dem Hakenkreuz herlaufen, wollen alles andere sein als Preiskämpfer für den Kapitalismus.

Diese armen Teufel fühlen die brutale Faust des Kapitalismus im Gesicht. Sie wissen nur noch nicht, wie sie sich davon befreien können.

Es kommt nicht darauf an, was die nationalsozialistische Führung aus dieser Bewegung machen wird. Von Wichtigkeit ist hier nur die Tatsache, daß die Massen, die dahinter stehen, zweifellos eine scharfe Gegnerschaft zum Kapitalismus im Bewußtsein tragen.

Sie haben schon gelernt, den Kapitalismus zu verfluchen, nur haben sie den Sozialismus noch nicht begriffen.

Einen besonders starken Beweis für die Umwandlung der gesellschaftlichen Ideologie gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung haben wir in den letzten Wochen durch den neuen Parteiführer bekommen. Wo ist die These von der Gütlichkeit und Unantastbarkeit der geltenden Ordnung geblieben? Eindeutige heißt es in der Enzyklika: „Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist unerläßlich!“ Das alles sind

**Zeichen der Zeit,**

die erkennen lassen, daß trotz der ökonomischen und sozialen Kräfte dieser Zeit der Sozialismus schneller marschiert als je zuvor. Während des Weltkrieges haben die Vorläufer für den Bolschewismus teilweise den Glauben daran verloren, daß ihre Aufklärungsarbeit Erfolge haben könnte. Als der Krieg vorbei war, bot sich an, daß die schrecklichen Erfahrungen dieser Katastrophe mehr für die Aufklärung getan haben, als alle Friedenspropaganda. Der Krieg selbst hat auf dem ganzen Erdball Millionen neuer Anhänger für den Ruf gewonnen: Nie wieder Krieg!

Wir dürfen mit Sicherheit darauf vertrauen, daß auch die furchtbare Not dieser Krise am Bewußtsein der Völker nicht spurlos vorübergehen wird, und daß, wenn die Welt dieser Krise sich versagen werden, in aller Welt Millionen neuer Anhänger für den Sozialismus und für den Ruf gewonnen werden können: Einweg mit der kapitalistischen Wirtschaft!

**Verjudete Stratosphäre!**

In einem obstruen Blätchen glaubt einer, der keine Sorgen hat, die Frage aufwerfen zu müssen, ob der Stratosphärenflieger Piccard nicht vielleicht ein jüdisches Blut in den Adern habe. Mit dieser Möglichkeit müsse gerechnet werden.

Verflucht, da hat die Stratosphäre Ja einen kleinen Semitisch. Es tropft die raserne Röhre Als Heiartikel, warm und frisch! —

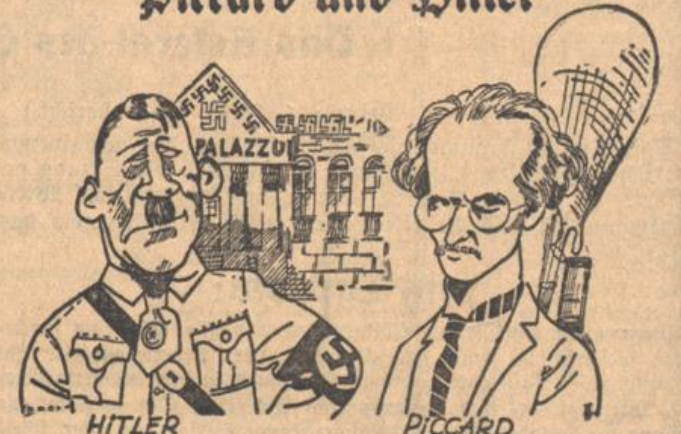
Der Jude macht sich immer wichtig — Nun leben wir es wieder mal, Reht ihr's auch oben nicht mehr richtig — Proßt Hakenkreuz, welsch ein Standa! —

Was ist in diesem Fall zu machen —? Man nimmi sich Piccards Stammbaum vor Und wenn, dann hat er nichts zu lachen, Tom drüht der Nazi-Rachegor! —

O Wotan, rette deine Ketten Denn sieh, es wurmt den teutschen Mann, Wenn er selbst hoch im Weiber einen Semiten-Einflus sichten kann! —

Dann wäre schauerliche Sache Das Dritte Reich, aus Luft gebaut, Auch weiter nichts als Judemache — So wird ein Ideal verjault! — R. R. B.

**Piccard und Hitler**



Hitler: „Ganze 16 000 m ist dieser Französling hoch geflogen? Pah, ich will noch viel höher hinaus!“

**Politische Zusammenstöße in Welbert**

Welbert, 1. Juni. Nach einem Programmabtausch der nationalsozialistischen SA-Abteilung kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Amzugsteilnehmern und der Kommunisten.

**Neunzehn Nationalsozialisten festgenommen**

Dortmund, 1. Juni. Auf Veranlassung der Nordkommission in Hagen, die mit der Aufführung der dortigen schweren Zusammenstöße beschäftigt ist, wurden heute abend neunzehn Mitglieder der NSDAP, von der Dortmunder Kriminalpolizei festgenommen und der Hagenen Nordkommission zur geführt.

**Internationale Arbeitskonferenz**

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau unterlag wurde von der Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz auf Vorschlag des Internationalen Arbeitsamts auf 7 1/2 Stunden festgesetzt.

Bayerische Volkspartei und Steuervereinfachungsgesetz Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei nahm Stellung zu den Verhandlungen über das Steuervereinfachungsgesetz, die ihre Verhandlungen am 21. Mai mit der Reichsregierung abgeschlossen haben. Nach einer mehrstündigen Aussprache billigte der Landesauschuss das Ergebnis der Verhandlungen durch die Annahme des von der Reichsregierung unterbreiteten Vorschlags.

**Die Wahlen in Rumänien**

Bukarest, 1. Juni. Die Kammerwahlen find im ganzen Land in voller Ruhe und ohne nennenswerten Zwischenfall vor sich gegangen. Die Wahlbeteiligung war sehr groß. Der allgemeine Eindruck ist, daß die Regierung eine bedeutende Mehrheit erhalten hat.

**Freistaat Baden**

**Keine zweimalige Ueberfliegung**

Die Meldung von einer neuerlichen Ueberfliegung badischen Gebiets durch ein Geschwader von etwa 40 französischen Fliegern am Samstag vormittag gegen 10 Uhr bei Rehl ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht richtig. Ein französisches Fliegergeschwader hat am Samstag in der Nähe der Grenze allerdings eine Uebung abgehalten, jedoch sind Grenzüberfliegungen nicht vorgekommen. Auf der Rheinbrücke bei Rehl war unter Führung eines französischen Fliegeroffiziers ein Beobachtungsposten aufgestellt worden, der offenbar die Aufgabe hat, Grenzüberfliegungen zu verhindern.

**Mannheimer Hakenkreuzblatt beschlagnahmt**

Die Samstagausgabe des Mannheimer nationalsozialistischen Draams Das Hakenkreuzbanner wurde wegen eines Artikels „Herr Josef Wirth erregt öffentliches Verwernis“ polizeilich beschlagnahmt.

Die Verordnung vom 19. Dezember 1889 betr. die Korrekturelle Nachhaft wurde durch eine sofort in Kraft tretende Verordnung des Innenministers wie folgt geändert: In § 3 Absatz 1 wird als zweiter Satz angefügt: Gegen 3 u. 4 Artikel (§ 181a Reichsstaatsgesetzbuch) kann die Dauer der Nachhaft schon bei der erstmaligen Ueberweisung auf mehr als 6 Monate bemessen werden.

Der frühere Reichsminister der UGH, in Berlin, Schurman, ist auf dem Dampfer „Kremer“ nach Deutschland abgereist. Schurman nimmt an der Einweihung des neuen Lehrgebäudes der Universität Heidelberg teil, deren Ehren doktor er ist.



# Das Parlament der Arbeiter tagt

Verhandlungsbericht des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig



## Die Parteitagsentschließung gegen kapitalistische Wirtschaftsanarchie / Das arbeitende Volk muß sich seiner Macht bewußt werden / Kampf gegen das kapitalistische Hungerjystem und für die Verwirklichung des Sozialismus

Der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig hat heute vormittag in den politischen Teil seiner Arbeiten unmittelbar nach der Eröffnung befangen

### Tarnow

Das Wort zu seinem Referat über „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“, worüber wir auf der ersten Seite des Volksfreund ausführlich berichteten.

Er beginnt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, das Referat Tarnows in Broschürenform in Massenverlage herauszugeben. Damit diese Broschüre noch während des Parteitages gedruckt werden kann, wird dieser Antrag unter lebhaftem Beifall sofort einstimmig angenommen.

Im Anschluß an das Referat Tarnows lag dem Parteitag folgende Entschließung

Die gegenwärtige ökonomische Krise liefert einen neuen scharfen Beweis für die zunehmende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit den notwendigen Lebensmitteln in Uebereinstimmung zu bringen. Eine gewaltige Steigerung der produktiven Leistungen ist in allen Wirtschaftszweigen und in aller Welt die unmittelbare Ursache der Massenverelendung, die sich in allen kapitalistischen Ländern ausgebreitet hat. Den überquellenden Reichtum des Lebensmittels, Rohstoffen und verarbeitenden Kräfte verwanbelt die kapitalistische Deformation in eine Hungerkatastrophe und in eine unerhörte Verelendung der Massen. Wie in der Vergangenheit, weiß auch jetzt der Kapitalismus von sich aus keinen anderen Weg aus der Krise, als den der massenhaften Vernichtung der Produktionsmittel, der künstlichen Verstopfung von Rohstoffquellen, der planmäßigen Einschränkung der Lebensmittelproduktion, die sich gegen die Millionen und aber Millionen aus ihrer Existenz und der Versorgung herausgeschleudert und dem Hunger überantwortet.

Aus diesen wahnwitzigen Widerständen der geltenden Wirtschaftsordnung kann die Menschheit nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Diesen Befreiungskampf zu führen und dafür die Arbeiterklasse zu organisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Dabei ist sich der Parteitag bewußt, daß der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein kann; er vollzieht sich als ein Umwandlungsprozess im steten Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den großkapitalistischen Wirtschaftsmächten. Der Kampf für den Sozialismus kann nicht geführt werden, ohne gleichzeitig den Kampf um die Verbesserung der Arbeiterlage in der Gegenwart zu führen. Die wichtigsten sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Überwindung dieser Krise einzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft ist aufs engste verflochten mit der Weltwirtschaft, die durch den Krieg, die Friedens- und Reparationsverträge, den Mißtrauenswahnwitz, den wirtschaftlichen Protektionismus und die mangelnde Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit der Völker völlig desorganisiert ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Politik für die Sicherung des Friedens, internationalen Abrüstung, Streichung der internationalen Kriegsschulden und Reparationen, Beteiligung aller Völker an internationalen Güterausgleich, Abbau der Zollmauern, Abschluß langfristiger Handelsverträge, internationale Regelung des Kapitalstroms und Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Für die innere Wirtschaftspolitik sind vornehmlich folgende Aufgaben: scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Zölle, industrielle Konjunktur- und Arbeitsbeschäftigungspolitik, planmäßige Aufrüstung durch die öffentliche Hand, Bekämpfung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, Regelung des Kapitalverkehrs zur Verhinderung von Spekulationen, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Abwehr der Spekulationsbestrebungen, Heranziehung von Auslandskrediten zur Förderung des Wohnungsbaues und gemeinnütziger Arbeitsbeschäftigungspläne.

Der Parteitag fordert die gesetzliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Industrie. Er brandmarkt die Lohnabwärtstendenzen des Unternehmens als Ausdruck sozialer Benachteiligung und als unvereinbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Überwindung der Krise eine Stärkung der Massenkaufkraft erfordern. Die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müssen geschützt und erweitert werden.

Der Parteitag ist sich bewußt, daß die Durchsetzung dieser Gegenwartsforderungen ebenso wie die Verwirklichung des Sozialismus politische Machtkämpfe sind. Er befaßt aufs tiefste, daß das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen ist, die entscheidende politische Macht zu sein, von diesem Rechte noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat. Die Vertiefung der politischen Macht steht deshalb noch im Gegensatz zur sozialen Struktur. Diesen Widerspruch aufzuheben ist die wichtigste Voraussetzung für die Durchsetzung einer sozialeren Politik und der schnelleren Überwindung des Kapitalismus.

In dieser Erkenntnis ruft der Parteitag das arbeitende Volk auf, sich seiner Macht bewußt zu werden und unter dem Banner der Sozialdemokratischen Partei in geschlossener Organisation den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und für die Verwirklichung des Sozialismus zu führen.

### Die Aussprache

Sträubel (Chemnitz):

Die deutsche Krise ist kein unvermeidliches Schicksal. Die deutsche Krise hat ihre ganz besonderen Ursachen und Umstände, die sich als eine Art kapitalistischer Fehlführung charakterisieren lassen. Wir haben drei Verderber Deutschlands: Schacht, Hugenberg und Hitler. Aber das Unglück ist, daß man diese drei Namen auch durch drei Verleiber bei der Reichsregierung ersetzen kann, weiß diese zum größten Teil deren Politik treiben. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen vor der Gefahr, daß diese drei Verderber uns in neue, ungeheuer-

liche wirtschaftliche Krisen stürzen, die die Zahl der Arbeitslosen vielleicht auf 6-8 Millionen steigert. Diese Gefahr ist durch die „Politik“ Brüning's außerordentlich gesteigert. Diese Politik haben wir leider nicht mit der gebührenden Energie gebrandmarkt und bekämpft. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen in Deutschland eine große Politik ausarbeiten der Auslandsreisen entziehen und dürfen den Kampf gegen die Reaktion nicht in diese Einheitsfront hineinkommen lassen. Die Zollunion ist keine juristische, sondern eine eminent politische Frage. Wir müssen eine ganz andere politische Taktik entwerfen, als wie wir dies bisher getan haben. (Lebhafter Beifall.)

### Engelbert Graf:

Vorher es ankommt, ist die Feststellung, daß hier keine Konjunktur, sondern eine Strukturkrise der Weltwirtschaft vorliegt. Wir müssen uns auf eine längere Dauer dieses Krisenzustandes einstellen. Gewiß können auch Perioden besserer Konjunktur kommen. Rußland baut seine Produktion auf dem Wege der Selbstfinanzierung auf und damit ist natürlich eine Verelendung der breiten Massen unvermeidlich verbunden. Wir dürfen auch bei der Beurteilung der Krise nicht übersehen, daß die Technik sich heute so rasch entwickelt, die Maschinen schon andere technische Neuerungen sich angeschrieben sind, während schon andere technische Neuerungen sich geltend machen. Das nicht abgeschriebene Kapital wird natürlich in die Kapitalisation mit einbezogen. Die kapitalistische Rationalisierung ist eben eine falsche Rationalisierung. Die Last der Krise und schlagelagene Rationalisierung fällt auf die breiten Massen, welche die Kapitalisten mit rücksichtsloser Wucht immer mehr unterdrücken wollen. Diese Aufgabe zu lösen, d. h. die Rationalisierung richtig durchzuführen, dazu ist nur der Sozialismus berufen.

### Jensen (Tzn):

Die kommunistischen Zusammenbruchstheorien sind für uns ohne Belang. Der Sozialismus wird nur in Etappen verwirklicht werden. Wir müssen aber eine Wirtschaftsform darstellen, um dadurch die Einsicht und die Kraft der breiten Massen zu steigern. Wir vertrauen auf die Kraft jener Jugend, die am Sonntag ihr „Hoch“ ausbrachte. Diese Jugend, erfüllt von sozialistischem und revolutionärem Geiste wird unsere Willen erfüllen können und unsere Sache zum Ziele führen. (Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen dieses Hünen Genossen.)

### Ceipien (vom Parteivorstand):

In der Stellungnahme zu Rußland habe ich bei dem Vordröner nicht nur die Solidarität zu unseren russischen Parteigenossen, sondern auch die internationale Solidarität überhaupt vermischt. In Rußland ist der Mensch nur ein Objekt der Nachpolitik einer politischen Klasse von unerhörter Brutalität. Die breiten Massen haben eigentlich keinen Teil am Ganzen. Der Sozialismus kann diese Art der Staatskunst nie aufheben. Für uns ist eine Politik ohne bewußte Mitarbeit der Massen eben nicht möglich. Wer in dieser Kardinalfrage nicht unerklärlich fest bleibt, schädigt das Volk, schädigt die breiten Massen, unterwühlt den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.) Graf hat mit Recht gesagt, daß wir das Vertrauen der Massen brauchen. Wenn aber einzelne Parteigenossen die ungeheuerlichen Schwierigkeiten unserer Aufgaben verlernen, wenn sie das Vertrauen zur Führung nicht selbst haben, wie können wir das Vertrauen der Masse dann erwerben, die heute noch in blindem Unverstand lebt. Jeder Parteifunktionär muß sich ausnahmslos und erfüllt mit Vertrauen in den Dienst der Partei stellen und ihrem Ruf folgen. Wenn wir diese Solidarität, wenn wir dieses Vertrauen haben, werden wir mit allen Widerständen fertig werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache geht weiter.

Ausführlicher Bericht über den weiteren Verlauf der Sitzung folgt nach.

Die Entschließung Tarnow wurde schließlich vom Parteitag gegen 3 Stimmen angenommen.

### Begrüßungsfeier in Leipzig

Leipzig, 1. Juni. (Funfdenst.) Am Montagabend hatte die Leipziger Sozialdemokratie die Delegierten des Parteitages zu einer Begrüßungsfeier in die Albert-Halle eingeladen. Was insbesondere den reichlich erschienenen Delegierten der ausländischen Bruderparteien geboten wurde, war ein stimmungsvoll zusammengefügtes Programm von hohem, künstlerischem Wert, das aufs beste vorbereitet war.

Die Einleitung des Abends brachte ein „Korpsstück“ in einem Arbeiterfest, die musikalische Aufführung eines feierlich getragenen Wertes von Meyer. Es folgten ein Chor von Ju-



gendlichen, ein Männergesang „Bauernrevolution“ und der von allen Chören der Volksbildungsvereine bewilligte Massenchor „Auf den Straßen zu singen“. Das Denken und Fühlen der Bauernproleten des deutschen Mittelalters fand in der ersten

Darbietung sinnvollen und wichtigen Ausdruck, während in dem zweiten Teil der Arbeiter unserer Tage das Wort hat. Vorwärtsdrängend, aufmützlich, mitreißend, eine proletarische Jugendtrümmergruppe in blau-roter Luft wirbelte an einigen bestimmten Stellen im Takt mit, was die Schwingkraft der Darbietung glänzend unterstrich und steigerte. Kein Wunder, daß zum Schluß immer wieder donnernder Applaus durch den Festraum drönte.

Dem Fühlen und Denken der zu dieser Feierstunde versammelten entsprachen auch die durch eine Leipziger Schauspielerin wirkungsvoll vorgetragenen proletarischen Dichtungen.

Dem künstlerischen und feierlichen Teil folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Die Vertreter der Bruderparteien aus Frankreich, Dänemark, Schweden, Rußland und der Tschechoslowakei sprachen kurze Sätze zu den Anwesenden. Alle in deutscher Sprache, vorweg Grumbach.



Paris. Er wies darauf hin, daß die französischen Sozialisten sich stets der Mühe und Sorgen des deutschen Volkes erinnerten. Immer wieder aber, wenn sie im Parlament und Presse betonten, daß die geschlossenen Tributverträge in ihrer jetzigen Form nicht ewig wären könnten und die Zeit der Revision längst da sei, ätzierten die französischen bürgerlichen Politiker die reaktionäreren Anstalten der deutschen Hitler- und Stahlhelmorgane als Beweis, daß ein Nachgeben in diesen Dingen verfrüht wäre. Also nicht etwa die Haltung der sozialistischen Arbeiterpartei verbinde eine Revision der Verträge, sondern die deutschen Sozialisten seien diejenigen Kräfte, die auch diese so notwendige Revision durch ihr Verhalten hinauszögerten. Dennoch — so schloß Grumbach — werde man von französischer sozialistischer Seite auch künftig sich immer wieder der Pflicht erinnern, die man der deutschen Sozialdemokratie gegenüber habe, um ihr in ihrem schweren Kampfe nach Möglichkeit zu helfen.

Die Veranstaltung sei eine, die Arbeiterpartei in jeder Hinsicht auf der Höhe ist.

### Das Bild des Kongresssaales

Leipzig, 31. Mai. (Fig. Ber.) Das gewaltige Gewerkschaftsbaus ist von einer Menschenflut umgeben. Musterhafte Ordnung ist überall. Die Stimmung ist begeistert trotz aller Sorgen, die so viele bedrücken.

Der Volkshausaal ist den Delegierten und einigen hundert Funktionären vorbehalten. Schwarz umflort grüßt und mahnt Hermann Müllers Bild die große Versammlung. Die Bühne wird von den Büsten Bebel's und Wilhelm Liebknecht's flankiert, die in Leipzig ihre große geschichtliche Laufbahn begonnen haben.

Am Vorabend haben die Vertreter des Auslandes Platz genommen: Vandervelde (Internationale), Longuet und Grumbach (Paris), Suwans (Belgien), Stinin und Soukup (Tschechoslowakei), Dan (Rußland), Austerlich (Österreich).

Der Senior der Partei, Wilhelm Hoff, ist auf Vorschlag von Auer-Münchener unter lebhaftem Beifall des Parteitages einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt worden. Wels und Dippel wurden einstimmig als Vorabend gewählt.

Die Leibhüben des in rot drapierten Volkshauslaales sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Taufende begehrten vergeblich Einlaß. Im Saal haben die Delegierten Platz genommen.

### Eventualitäten

Deutschland hat zu viele Leute, und die Ueberzahl der Freßer bringt den Staat in Schwierigkeiten, und man fragt sich: Wie wirds besser?

Zwar es wären nicht zu viele, wenn die Reichen, wie sie sollten, menschlich dächten und die Armen ordnungsmäßig zahlen wollten.

Aber es' es uns gelänge, diese Sypshalt zu bekehren, könnte man — ich sprech' im Ernst — einen Stoßisch Griechisch lehren.

Nun, wie soll es weiter gehen? Die, die keine Arbeit haben, kann man doch nicht sterben lassen und dann salbungsvoll begraben.

Auch sind sie ja nicht gekommen, ganz geruchlos hinarbeiten, eher kann es sein, sie hausen dies und jenes noch in Esherben.

Und die Reichen? Ach, die lassen sich für's erste garnicht kören; diese werden erst vernünftigt, wenn sie's einmal sterben hören.

Reichmanns Mahnwort



### Gewerkschaftliches

#### Die Betriebsvertretungswahl bei der deutschen Reichspost

Die Betriebsvertretungswahl bei der Deutschen Reichspost, die am 16., 17. und 18. Mai stattfand, wurden wie der Gesamtverband mitteilt, von 101 090 Wahlberechtigten für den Zentralrat beim Reichspostministerium insgesamt 79 793 Stimmen abgegeben. Von den gültigen Stimmen erhielten der Gesamtverband, Reichsabteilung E Post und Telegraphie 40 528, die Reichsabteilung B Post und Telegraphie 39 265, die Reichsabteilung C Post und Telegraphie 9 999 Stimmen. — Die freigewerkschaftliche Mehrheit ist mit diesem Ergebnis nach wie vor gesichert.

#### Der Lohnabbau ist noch immer nicht zu Ende

Die Arbeiter der niederschlesischen Kalkindustrie die Arbeit, die den Lohnabbau zu Ende hat gekündigt. Ihre Forderungen sind alles andere als bescheiden. Von dem Gehalt in Höhe von 12,50 M. von dem Lohn für ungelernete Arbeiter über 22 Jahren wollen sie „nur“ 12 M. pro Stunde abgebaut haben, was in allem würde die Erfüllung der Wünsche des Arbeitgebers eines Lohnabbaus von rund 20 Prozent bedeuten. Wenn die Kalkfreise auch um 20 Prozent abgebaut werden? Wenn nicht, dann hat eine Arbeiterberufsgemeinschaft sogar eine Forderung der Kalkfreise gestellt. Doch das nur nebenbei. Tatsächlich ist jedenfalls, daß die Produktivität der Kalkindustrie in den letzten Jahren enorm in die Höhe ging. Den Profit daraus haben die Arbeitgeber restlos allein eingestrichelt und jetzt möchten sie noch Extraprofit durch Lohnabbau haben. Wenn werden die Arbeiter endlich so schlau werden, wie die Unternehmer. Noch viele Kalkarbeiter sind unorganisiert. Inwebellen glauben die Unternehmer im Sandumdeben ihre Wünsche durchzuführen zu können.

#### Der französische Textilkonflikt

Das Scheitern der Verhandlungen zur Beilegung des Streiks der nordfranzösischen Textilindustrie hat in der Arbeiterenschaft gewisse Erwartungen hervorgerufen, da man allgemein ein günstiges Ergebnis erwartet hatte. Die Arbeiter haben sich aber nicht aus der Ruhe bringen lassen. Das Streikkomitee der verschiedenen Gewerkschaften hat die Saitung der Arbeitervertreter in der Kommission beibehalten. Man nimmt allgemein an, daß die Verhandlungen mit der Regierung bald wieder aufgenommen werden und hofft besonders auf die Intervention des Ministerpräsidenten.

Abgesehen von einem unbedeutenden Zwischenfall in Matrelos, wo ein belgischer Arbeiter von Streikenden ins Wasser geworfen wurde, ist die Ruhe im Streikgebiet bisher nirgends gestört worden.

Die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften des Saarlandes haben in besonderen Generalversammlungen für die Fortsetzung des Streiks gestimmt. Die Christen fordern in besonderer Entschlossenheit, daß die Abschaffung der Anwesenheitsstrafe von einer Senkung der Kosten für die Lebenshaltung abhänge gemacht werde. Sie haben die Regierung um eine Vermittlungsgesandtschaft gebeten.

### Partei-Nachrichten

#### Sozialistische Schulungsstunde

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsbereit veranlaßt in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksbildungsvereinen eine Anzahl von Schulungsstunden, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter fachkundiger Leitung sich in den wichtigsten Fragen der Politik zu vertiefen. Die Kurse finden in schon bekannten Orten statt, die den Teilnehmern auch Möglichkeit zur Überprüfungs Erlangung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich bemessen. Die Teilnehmergebühren betragen für jeden Kursus 5 M. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das Sozialdemokratische Parteisekretariat oder an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsbereit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu richten.

**Kein Geld?**  
Mancher Genosse wird sich zur Zeit schwer überlegen, ob er es wagen kann, an der Tagung der **Sozialdemokratischen Parteitagung** teilzunehmen. Wir möchten die Genossen auf zwei Dinge aufmerksam machen:

1. Durch die in Regie betriebene Festwirtschaft versuchen wir, den Genossen einfachen Trank und einfache Speise zu möglichst billigen Preisen zu vermitteln.
  2. Durch die Extrazüge wird die Reise möglichst verbilligt werden.
- Sehe felmet den Mut auf, Genossen. Spare jeder heute schon, damit es ihm an dem Tag, auf den wir so viel Hoffnung setzen, nicht an dem allerwichtigsten Kleingeld gebricht!
- Genossen, wir rechnen auf jeden einzelnen von euch!

#### Kinderfreunde

**Weingarten.** Am Mittwoch, den 3. Juni, abends von 6 bis 8 Uhr im Heim (Röhle) Arbeitsgemeinschaft über Fallarbeit. Alles kommt Samstag abends 8 Uhr treffen wir uns vor der Käthe-Keller. Wir gehen ins proletarische Kabarett „Der rote Baden“.

**Sinsheim.** Mittwoch, 3. Juni, findet abends 8 Uhr in der „Krone“ ein Monatsversammlung der Ortsgruppe der SPD. statt. Genosse **Kamenke** aus Baden-Baden spricht über „Sozialpolitik und Arbeiterkassen“. Bei diesem Vortrag darf kein Genosse fehlen! Da das Thema von größter Wichtigkeit für Jeden ist, sind auch alle unsere Parteimitglieder Interessenten eingeladen.

#### Verbandsanzeiger

**Reichsbahn.** **F.A. Sporker.** Am Freitagnamstag Versammlung im Stadion Berlin. Uhrzeit: Fuhgänger 4.58 Uhr Hauptbahnhof. Radfahrer treffen sich halb 5 Uhr an der Bahnpfost. Zu zahlreichem Besuch laden wir ein. — Mittwoch abend Training auf dem Platz (Kreisauscheidung.) 4749

**Reichsbahn.** **Solidarität.** Mittwoch, 3. Juni, **Wiedereröffnung** auf dem **Güterbahnhof** und **Miederplatz**. Treffen der Ortsgruppe halb 7 Uhr **Rühbürger** Tor. 4747

**Naturfreunde.** **Jugend** um 8 Uhr **Turnhalle**. **Sprechstunde** für **Senioren** am **Freitag**. **Kollages** **Ergehen** **Wißheit**. 4748

**Sprechstunde** zum **Tag der Arbeit**. **Heute**, **Dienstag**, **den 2. Juni**, **abends 8 Uhr**, im **Expeditionsraum** des **Volksfreund** **Sollistenprobe**. 4750

Auf dem Spezialgebiet der praktischen Inangeler-Bekämpfung befragen wir eine sehr angesehene und unbedingt zuverlässige Firma. Es ist die **Landesversicherungsanstalt** gegen **Inangeler**, **Anton** **Springer**, **Stilling** **Strabe** **11**, **Telephon** **2340**, **Weser** **Am** **11**. **Der** **Anton** **Springer**, **es** **beruht** **hat**, **während** **25** **Jahren** **seinem** **Unternehmen** **große** **Bedeutung** **zu** **verschaffen**. **Sein** **Befahren** **vor** **Herz** **auf** **bessere** **Erfolge** **und** **erfolgreiche** **Arbeitsabwicklung** **gerichtet**. **So** **hat** **er** **schon** **im** **Jahre** **1915** **die** **Landesversicherungsanstalt** **für** **die** **Arbeitslosen** **und** **Waisen** **bestätigt**, **daß** **diese** **Firma** **zuverlässig** **und** **leistungsfähig** **ist**, **daß** **er** **einen** **guten** **Nutzen** **und** **Arbeits** **erzielt**. **Wir** **empfehlen** **daher** **das** **Unternehmen** **bei** **Bedarf** **in** **dringender** **Art** **zu** **nehmen**.

## Gewerkschaftsvorstoß bei Brüning

### Die Forderungen des ADGB.

Der Vorsitzende des ADGB, hat am 30. Mai das folgende Schreiben an den Reichsfinanzminister gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichsfinanzminister, die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung beweist, wird auch von uns geteilt. Im Austrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen.“

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht verändert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuererträge herabgedrückt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verursacht. Was an Kaufkraft übrig blieb, wurde von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Anstieg der Preise wichtigster Rohstoffe und Futtermittel auf das Zweifache Dreifache der Weltmarktpreise erhält die Großlandwirtschaft auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt anerkannte Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt.

Es kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverlängerung auf sich zu nehmen, um die vorhandenen Arbeitsstellen mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine gesellschaftliche 40-Stundenwoche ist ein dringendes Erfordernis.

Die sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist

durch die Reserveentwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet; sie muß gesichert werden. Insbesondere muß die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmaße bestehen bleiben; die zusätzliche Finanzierung muß aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Die Steuerlasten sind gewiß eine schwere Bürde geworden. Aber der Staat muß gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die ärmsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vorrangig in Anspruch genommen werden, z. B. durch weitere Zuschläge zur Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Ausschüttungssteuer.

Die Regierung muß ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von Auslandsanleihen wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält. Die bevorstehende Notverordnung muß von folgenden Leitgedanken beherrscht sein: 1. Belebung der Kaufkraft, Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik. 2. Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen. 3. Fortsetzung der Leistungsleistungen. 4. Entlastung des Arbeitsmarktes. 5. Festlegung der 40-Stunden-Woche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, Herr Reichsfinanzminister, und ohne allezeitigen Bericht auf weiteren Lohnabbau wird weder die dringende Notwendigkeit soziale und politische Entspannung noch der erhoffte Anstieg der Wirtschaft eintreten. In ausgedehnter Hochachtung! Leibhart.

## Tagung der freigewerkschaftlichen Beamten

### Eine Beamtenkundgebung

Das Beamtensekretariat des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs, Ortsgruppe Karlsruhe hatte am Samstag abend im Restaurant „Elefanten“ zu einer öffentlichen Kundgebung eingeladen, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Kollege Stadtkämmerer Köppler als Vorsitzender der Kundgebung hob in seinen Eröffnungsworten die Bedeutung und Wichtigkeit der Verammlung hervor und bezeichnete die Kundgebung als den Auftakt zu der am Sonntag in Karlsruhe stattfindenden Beamtenversammlung. Der Gesangsverein Städt. Straßenbahner, unter der bewährten Leitung von Herrn Staab, brachte zur Einleitung Freiheitslieder von Ushmann zu Gehör, die große Beachtung und Beifall fanden. Als Redner sprachen Beamtenrechtler Dr. Drack, Berlin, Sachgruppenleiter G. Reuter, Berlin und Landessekretär S. Klüdt, Karlsruhe über die Themen „Beamte als Arbeitnehmer im Volkshaar“, „Der Stand der Beamtenschaft“.

Sachgruppenleiter G. Reuter führte aus: Die Wunden der ersten Notverordnung sind noch nicht verheilt und schon melbet die Presse von neuen Notverordnungen, die neue Verschlechterungen und Belastungen für Beamte, Sozial- und Kriegsrentner in Aussicht stellen. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden ist keineswegs rosig. Der Regierung Brüning muß den außerordentlich schweren Stand der Notzeit zugestanden werden, der durch letzte Reichsfinanzminister Brüning eine schwere Aufgabe gestellt ist. Die Beamten der Reichsfinanzämter kann wieder Wohlstand und Wohlergehen in die breiten Bevölkerungsschichten getragen werden. Die Beamten der freien Gewerkschaften haben von jeder zur Inerordnung von Staat und Wirtschaft gehandelt. Im Jahr 1918 ist den Beamten in Reich, Länder und Gemeinden eine schwere Aufgabe gestellt. Es ist heute in der Zeit schwerer Not sehr leicht, im Lande herumzusitzen und den politischen Unwissenheiten vorzugucken, als hätte die politische Vertretung der Arbeiterschaft verfaßt. Schuld ist an den besonders trafen Verhältnissen die Übernahme eines veränderten Staates zu jener Zeit. Die Wiederherstellung der Ordnung kann nicht allein auf dem Rücken der breiten Bevölkerungsschichten durchgeföhrt werden. Deutschland ist nicht arm an Kapital. Der Notstand liegt ergründet in der falschen Verteilung des Kapitals und in der Entziehung zur Verarmtörung der Besitzer dem Volksganzen gegenüber. Sie treiben ein gefährliches Spiel mit dem Staat und der gesamten Nation.

Selbst in dieser Stunde der Not müssen wir sagen, daß dennoch bisher Genügendes geschaffen worden ist. Der Kapitalismus nicht die Krise aus, um sich eine Monopolwirtschaft der öffentlichen Betriebe zu erwerben. Hunderte von Millionen Ueberflüsse dieser Betriebe fließen in die Gemeindefassen, um die außerordentliche Not der Volkswirtschaft abzumindern. Die deutsche Arbeiterschaft ist sich der in ihr schlummernden Kräfte nicht bewußt. Ein großer Teil läuft heute den Trabanten des Kapitalismus nach. Die kapitalistische Presse versteht es sehr gut, eine große Partei gegen die Arbeiterschaft zu schaffen. Eine große Partei, um mit dieser Unterdrückung der Nazis durch jene Kräfte, um mit dieser Herde eine Entziehung der Arbeiter und Beamten durchzuführen. Gelinaf es den Nazis zu sagen, dann wird der neue Machthaber Faschismus sein wahres Gesicht zeigen. Es muß energisch zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht noch neue Wunden auf den Rücken der Arbeiterschaft geschlagen werden dürfen. Der Kampf um die Befreiung aus der Krise ran nur an der Seite der freien Beamten- und Angestelltenchaft geföhrt werden gegen die geschlossene Front der Arbeitnehmerfeinde. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil.

Sobann erbielt Dr. Drack, Berlin, das Wort: Man habe sich bisher einseitig der Staat sei ein Rechtsstaat, aber es habe sich gezeigt, daß er ein Machtstaat ist. Das Recht im Machtstaat bleibe immer ein primitiver Versuch. Dies sei eine deutliche Warnung der Anwendung des Artikels 48 der We. die sich zu einer verfassungsmäßigen Diktatur auswirke. Leider fehle die Erkenntnis der Beamten, wie die Dinge sind. Wir haben trotzdem manches erreicht. Schon die Tatsache, daß sich heute Beamte in einer Kundgebung über ihre Lage ausprechen können, beweist das. Die Entwicklung der Beamtenschaft sei bis jetzt keine soziale. Die vorzuziehende Erhöhung wirkte sich so aus, daß einer großen Anzahl mit knapper Not noch das Erhalten blieb, was bisher erhalten hatten. Wer sich heute behaupten will, muß kämpfen. Wir haben heute auf Grund der Wahl am 14. September die Wahl, die Regierung Brüning zu isolieren aber eine Beteiligung der Nazis in der Regierung herbeizuföhren. Hitler ist der Vorkämpfer anderer Kräfte, der Industriellen, der Geldgeber der Nazis. Eine Beteiligung der Nazis an der Regierung würde die Ziele der Arbeiter- und Beamtenschaft auf Jahre hinaus vereiteln. Thüringen liefert dafür in Deutschland

den besten Beweis. Dem Ruf nach Senkung der Löhne und Gehälter ist ein Preisabbau leider nicht gefolgt, sondern eine neue Welle des indirekten Lohnabbaues. Man muß die verweirte Lage der Regierung Brüning anerkennen, aber was sie jetzt tut, ist eine neue schwere Belastung breiter Volksschichten. Wer seine soziale Lage erhalten und verbessern will muß kämpfen. (Beifall).

Landessekretär Klüdt führte aus: Wirtschaftskrisen und Finanznöten haben oft zu gewissen Zeiten die Welt erschüttert. Der Beamte hatte stets bei solchen Zeiten eine schlechte Beolodung zu verzeichnen. Durch die Organisation war es möglich, der Regierung der Nachkriegszeit Gehehe und Texte zu unterbreiten, die den Beamten aus ihrem Abhängigkeitsgefühl befreiten. Die Organisationen der Vorkriegszeit trieben eine Veretnis- und Standespolitik. Die Entwicklung des ADGB hat zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes geföhrt. Wie würde es in Deutschland aussehen, wenn wir keine freien Beamtengewerkschaften hätten? Wir wollen heute eine einheitliche Front zum Ausdruck bringen, die wir mit der Arbeiterschaft bilden müssen. Lohnabbau hat Gehaltsabbau zur Folge. Die neutralen Organisationen sind noch nie neutral gewesen, sondern waren die Dummäuler, die sich zu keinem Punkte entschließen konnten. Der Redner brachte eine Entschlieung zur Verlesung die unter großem Beifall einstimmige Annahme fand. Sie lautete:

Die Beamtenschaft des Gesamtverbandes in Karlsruhe am 30. Juni 1931 nimmt mit aller Entschiedenheit gegen die erneute beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung Stellung. Die Abwägung der durch den verlorenen Krieg und Wirtschaftskrisen entstandenen Lasten auf den wirtschaftlich schwächsten Teil ist nicht mehr tragbar. Während der Besiz und die hohen Einkommen gesichert werden, fürst man systematisch die Gehälter der an sich schon schlecht bezahlten Angestellten und Beamten, sowie die Löhne der Arbeiter und baut Stück für Stück die Sozialversicherung ab. Der mit großem Kampf angestrebte Preisabbau ist in den Anfängen stehen geblieben. Die reaktionäre Politik läßt jedes Gefühl von Gerechtigkeit vermissen. Die große Masse der Beamtenschaft, insbesondere der unteren Beamten richtet an die verantwortlichen Instanzen der Regierung und der Parlamente die dringende Bitte, weiteren Notverordnungen und Gesetzen die für Arbeitnehmer soziale Verschlechterungen bringen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ein Fortschreiten auf dem bisher eingeschlagenen Wege führt zur völligen Verelendung und Radikalisierung der breiten Massen des arbeitenden Volkes und letzten Endes zum Bürgerkrieg und zum Zusammenbruch unseres republikanischen Staatswesens.

Nach einem Vortrag des Landessekretärs Klüdt, der die impoant verlaufene Verammlung schloß.

#### Südwestdeutsche Beamtentagung

Zu einer Funktionärstagung der im Gesamtverband organisierten Beamten Südwestdeutschlands, hatte das Beamtensekretariat die Besitze Würtemberg, Baden, Rheinpfalz-Saargebiet auf Sonntag vormittag 9 Uhr im Stadtparkrestaurant Karlsruhe eingeladen, die sehr reich besetzt war. Kollege Klüdt eröffnete die Tagung und wies darauf hin, daß die heutige Konferenz in einer beamtenschaftlichen Sitzung dazu dient, die Rechtslage und Entwicklung der Beamtenschaft kennen zu lernen. Die Tagung hatte einen informativen Charakter, sie ist die erstmalige Beratung der Vertrauensmänner in der Beamtenschaft. Als Gäste konnten begrüßt werden Regierungsrat Weismann von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Stadtrat Neher, Ludwigshafen, vom Reichsverband Deutscher Kommunalbeamter, Kollege Koch als Vertreter der SPD, und des ADGB, Karlsruhe und Kollege Engelhardt, Stuttgart, die die Grüße im Namen der zu vertretenden Organisationen erwiderten. Auf der Tagesordnung standen zwei sehr wichtige und hochinteressante Themen, „Die Beamtenschaft im Gesamtverband“ sowie „Die Beamtenschaft im Volkshaar“. Als Referenten sprachen Sachgruppenleiter G. Reuter, Berlin, und Dr. Drack, Berlin.

Die Mandatsprüfungskommission stellte 68 Teilnehmer fest, die nahezu 6000 Beamte zu vertreten hatten. Die beiden Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und fanden beifällige Aufnahme. Es schloß sich eine sehr rege aber sachliche Diskussion an, die befristet wurde von den Kollegen Waldooel, Stuttgart; Gantner, Stuttgart; Hammer, Ulm; Fraich, Stuttgart; Ellenbeis, Saarbrücken; Stöcklein, Karlsruhe und Kempf, Kaiserslautern. Ein entsprechendes Telegramm wurde mit Zustimmung der Delegierten an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Leipzig geschickt. Nach dem Schlußwort des Referenten wie des Vorsitzenden konnte mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Beamtenschaft die Tagung geschlossen werden. —II—

## Volkswirtschaft

Das Reichswirtschaftsministerium hat das rheinisch-westfälische Kohlenabbaubis zum 31. August 1931 hinausverlängert. Wenn bis zum 1. Juli 1931 keine Verabbarung unter den Beteiligten über die Umlage erzielt werden kann, wird die Umlagefrage vom Reichswirtschaftsministerium geregelt. Damit ist fürs erste das Abbaubis verlängert, das durch den Kohlenabbaubis, der vor allem nicht im Interesse der Ruhrbergarbeiter liegt, vermindert. Der Ruhrbergbau hat etwa 12 Millionen Tonnen Kohle bzw. Roß auf Lager. Das entspricht beinahe einer Zweimonatsförderung. Würde es zu einem hemmungslosen Kohlenrennzampf kommen, so müßte dieser zu großen Kapitalverlustrungen föhren; er würde zehntausende Bergarbeiter arbeitslos machen und schließlich damit enden, daß die ganz großen Werke Pleger bleiben.

Der Ruhrabbaubis wird für das Jahr 1930 mit 12 Prozent gekürzt werden können.

Die beherrschende Kunstlebensgruppe in Deutschland, die Edelsteine der Glanzstoff-Fabrikanten, werden für das Jahr 1930 dividendenlos bleiben. Die Edelsteine der Glanzstoff-Fabrikanten haben bereits in der vorläufigen Bilanz eine Einwirkung durch Abschreibungen in Höhe von 66 Millionen Mark durchgeföhrt.

Die Verhandlung über eine Ertragsleistung haben zu einer Verständigung mit den Wäblen und mit dem Handel geföhrt. An Frage kommen besonders die mitteldeutschen Gebiete mit Magdeburg, Halle, Erfurt und den angrenzenden Industriebezirken, die rheinisch-westfälischen Gebiete und das Gebiet von Frankfurt a. M. Nach den Wäblen verabschiedet sich die Regierung, den Wäblen Sitzungsfragen zur Verfügung zu stellen. Wäblen und Handel geben dafür die Verpflichtung ein, den Roggenmarktpreis frei überlassen im Durchschnitt höherer auf den Stand vor der Weizenvermehrung, also auf den Winterstand, zu setzen.

Der Verband der Handelsvertreter für Tabakerzeugnisse bleibt in Mannheim eine aus allen Teilen des Reiches stark besetzte Generalversammlung ab. Zu den Vorschlägen, ein Tabakmonopol einzuföhren, erklärte der Verband, daß er die Monopolisierung des Tabakerwerbes in jeder Form aus Schärfe ablehne.









# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

2. Juni.

1793 Sturz der Gironda im franz. Nationalkonvent. — 1863 \*Rom. Felix Weygarter. — 1878 Attentat Nobilings. — 1882 \*Günther Garibaldi. — 1896 \*Witkowskys Gerd. Nobis. — 1928 Rücktritt des Jos. Rabinets in Schweden. — 1926 \*Sozialreform v. Beresjch.

## Der Schuß auf den Leichentransport Bilet eine Sensationsmache

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: In großer Aufmachung — auch als Extrablatt — verbreitete der Führer die Meldung, der Lieferwagen, in dem die Leiche des Nationalsozialisten Bilet von Karlsruhe nach Pader transportiert wurde, sei zwischen Windschlag und Offenburg beschossen worden. Die von beschrieblicher Seite sofort angestellten, sehr eingehenden Untersuchungen haben zu der Feststellung geführt, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist. Dem aus Karlsruhe kommenden Sargwagen, der übrigens so verdeckt war, daß die Insassen von außen nicht ohne weiteres sichtbar waren, fuhr von Pader aus zwei Personenwagen mit Angehörigen der NSDAP entgegen. Noch bevor die beiden Personenwagen mit dem Sargwagen zusammengetroffen waren, begegnete ihnen aus der gleichen Richtung wie der Sargwagen kommend, ein Lieferwagen. Als dieser am vorderen Personenwagen vorbeifuhr, ertönte ein Knall. Dieser rührte von einer Fehljündung des Lieferwagens her, während die Insassen der beiden Personenwagen zu der Annahme kamen, daß geschossen worden sei, obwohl der Knall einer Fehljündung einen ganz anderen Klang hat, als etwa der Schuß aus einer Waffe. Ob die Angst diesen „Förchtler“ verursacht hat, sei dahingestellt. Die Mitfahrer auf dem Wagen, der die Leiche des Bilet trug, können sich an die Ueberholung durch den Lieferwagen überhaupt nicht erinnern, noch viel weniger haben sie einen Knall gehört.

Fest steht also, daß auf den Sargwagen der angebliche Schuß nicht abgegeben wurde. Das war sämtlichen Fahrteilnehmern von Anfang an bekannt.

Ueberdies ist festgestellt, daß der Führer des Lieferwagens, aus dem der angebliche Schuß abgegeben worden sein soll, selbst der NSDAP nicht abgeneigt ist und sich auch nicht im Besitze einer Schusswaffe befindet.

Ohne das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, hat der Führer aus einem an sich absolut harmlosen Vorgang eine große Sensation gemacht. Die Art der Behandlung dieser Angelegenheit durch dieses nationalsozialistische Blatt kennzeichnet sich als eine krampelige und verantwortungslose Sensationsmache in Verbindung mit gewissenloser Verheerung, die schärfste Zurückweisung und Verurteilung verdienen.

## Nazi-Kultur

Im Führer steht eine Dankagung seitens der Familie Bilet, wo es u. a. heißt: Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme an dem uns betroffenen Verluste unteres von bluttrüben Stunden erschlagenen lieben guten Sohnes. . . Die Nazisprache zeigt fürwahr hohe Kultur!

## Der Sternenhimmel im Juni 1931

Nach der späten Abenddämmerung leuchtet am Westhimmel zunächst der Planet Jupiter auf, der südlich von den Brudersternen Collos und Pollux steht, zu Monatsanfang geht er etwa 23 Uhr zu Monatsende schon 2 1/2 Uhr unter. Im Südwesten finden wir den Großen Wagen, in welchem Sternbild Mars nach Osten wandert und dabei zu den Abenden des 7. und 8. nur etwa 1 Bogengrad nördlich vom Hauptstern Regulus steht. Am 16. kommt der Planet in nächster Nähe des Neptun; Fernrohrbeobachter werden diesen fernen Planeten als Sternchen 8. Größe mit 2 Bogenminuten Durchmesser etwa 1/2 Bogengrad südlich von Mars finden können. Mars selbst geht zu Monatsbeginn um 1 Uhr, zu Ende schon um 2 1/2 Uhr unter. Im südlichen Himmelsteil finden wir am Abend die Jungfrau, unter ihr in Horizontnähe den Raben. Nördlich von der Jungfrau stehen die feinen Sterne des „Haars der Berenice“, südlich von diesen Bootes mit dem rötlichen Arktur. Im Zenith steht das Sternbild des Drachens, westlich der Große Bär. Westlich von Bootes stehen die „Sommersternbilder“ Krone, Herkules und Leier, südlich vom Hercules der Schlangenträger mit der Schlange, unter diesem der Skorpion mit dem blutroten Antares. Am Osten erhebt sich der Adler mit dem weißen Hauptstern Altair, links von ihm steht das niedliche Sternbildchen des Delphins. Später gehen im Nordosten die Bilder Peagaus und Andromeda auf. Die Milchstraße zieht vom Adler durch das kreisförmige Sternbild des Schwans und leitet von da auf Cepheus über, welches Bild gerade südlich vom Polarstern steht. Im Norden durchsieht sie ferner das W der Cassiopeia und sinkt im Nordwesten, den Fuhrmann freuzend, unter den Horizont. Im Südosten geht in späterer Abendstunde Monatsmitte etwas nach 22 Uhr der Planet Saturn auf, im Schützen stehend. Als Morgensterne leuchtet Venus 1 1/2 Stunde vor Sonnenaufgang und zum Monatsanfang etwa gleichlang Merkur, dann nähert sich dieser Wandbester der Sonne, wird dadurch unsichtbar und tritt am 29. in obere Konjunktion zum Tagesgestirn. Bemerkenswert ist, daß der Planet am 26. geringste Sonnenentfernung (46 Millionen Kilometer) kommt.

Der Mond leuchtet zu Monatsbeginn fast noch in vollem Glanz, dann nimmt er ab, letztes Viertel ist am 8. Neumond am 16. Dann erscheint er wieder als Sichel am Abendhimmel, rundet sich mehr und mehr, erreicht am 23. das erste Viertel und vollen Glanz am Monatsletzen.

Die Sonne tritt am 22. in das Zeichen des Krebses (10.28 Uhr morgens), womit der astronomische Sommer beginnt. Das Tagesgestirn erreicht seinen höchsten Stand während des Jahres (Mittagshöhe Freiburg 65 1/2 Grad). Entsprechend diesem hohen Stand sind jetzt die Tage am längsten, nächtliche Nacht tritt eigentlich ein; selbst im Mitternacht verriert ein schwacher Schein am Horizont die nur wenige Bogengrad unter ihm stehende Sonne. Kamentlich im nördlichen Deutschland sind diese „hellen Nächte“ schon sehr auffallend, noch mehr in nördlicheren Ländern. Bis dann vom Polarstern ab die Sonne an diesen Tagen überhaupt nicht mehr untergeht. Die Hellfakelndauer beträgt bei uns einschließlich der Morgen- und Abenddämmerung etwa 18 Stunden.

## Aus Organisationen und Vereinen

### Tagung der reichsdeutschen Auslandsärzte

Die diesjährige Jahreshauptversammlung des Reichsvereins ausländischer Zahnärzte e. V. fand in den Tagen vom 23. bis 26. Mai 1931 in Karlsruhe statt. Trotz der Schwere der Zeit er-

## Nazi-Geist im Städt. Krankenhaus

### Ein schwerer Verstoß der Verwaltung des Städt. Krankenhauses gegen die Krankenhäuserordnung — Krankenschwestern verlassen ihre Stationen, um an der Nazidemonstration im Krankenhaus teilzunehmen

Man schreibt uns: Wie der Öffentlichkeit bekannt ist, kam anlässlich des sog. Nazi-Bauertages am Pfingstmontag ein Nationalsozialist aus Pader infolge des tödlichen Angriffs von kommunistischer Seite ums Leben. Er ist im Städt. Krankenhaus gestorben. Am Dienstag nach Pfingsten haben die Nazis ihren Toten zwecks Ueberführung nach seiner Heimat im Krankenhaus wieder abgeholt, wobei sich Skandalöse Vorgänge abspielten, welche die Krankenhäuserordnung in eine außerordentliche Erregung brachten. Es ist ein Skandal sondergleichen, was sich hier die Nazis maßlos unter Duldung und Zustimmung der Verwaltungs-Direktion auf dem Grundstück des Städt. Krankenhauses erlaubt haben. Die sonst von der Verwaltungs-Direktion so scharf gegen Personal und Kranke, auch gegen deren Angehörige gehandhabte Krankenhäuserordnung, wurde zu Gunsten der Nazis mit Füßen getreten.

Es ist seit Bestehen des Krankenhauses das erste Mal, daß ein Sarg offen durch die Hauptpforte des Krankenhauses getragen wurde. Alle Sarglieferanten dürfen das Grundstück des Krankenhauses nur durch den Seiteneingang Mollstraße benutzen, und gelangen so von den Kranken unbemerkt zur Totenkammer. Außerdem ist Vorschrift, daß Särge zugedeckt sein müssen. Diese Maßnahmen hat man getroffen und wiehalten diese auch für richtig, da auf das Gemütsleben der Kranken peinlich Rücksicht geübt werden muß.

Wie verfuhr aber die Krankenhausverwaltung bei der Demonstration der Nazis für ihren Toten? Sie erlaubte, daß ein

Trupp uniformierter Nazis den leeren Sarg offen durch die Hauptpforte und von da aus über das Grundstück des Krankenhauses durch die Reihen der im Hofe spazierenden gebenden Kranken, an den beiden Hauptstationen Medizin und Chirurgie, sowie an dem Wirtschaftsgebäude vorbei zur Totenkammer

trugen. Diesem den Sarg tragenden uniformierten Trupp folgten auf dem Zuge einige Nazis, ausgerüstet mit Photographenapparaten. Nachdem der Sarg in den Hof geleitet war und ins Freie, — die Demonstration abhandelt — transportiert wurde, wurde der Sarg, in dem der Tote lag und mit einer Nahtkappe bedeckt war, photographiert. Es wurden alsdann Reden gehalten.

Da die Krankenhausverwaltung an der Demonstration keinen Menschen teilnehmen ließ, als die Schwestern, die ihre Krankenhäuser verlassen hatten, kann der Inhalt der Reden des näheren hier nicht beprochen werden. Wie sie gewirkt haben, geht aus dem Skandalösen Verhalten der Schwestern hervor, die sich an dem Hitlergruß mit „Heil“ beteiligten.

Es sind an dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe folgende Fragen zu stellen:

1. Was denkt der Oberbürgermeister gegen die in der Krankenhäuserverwaltung verantwortlichen Personen zu unternehmen, durch die die Krankenhäuserordnung mißachtet wurde, zu tun?
  2. Wie wird das Verhalten der Schwestern geahndet, die ihre Krankenhäuser verlassen haben, um sich an der Nazidemonstration auf dem Grundstück des Städt. Krankenhauses zu beteiligen?
  3. Was denkt der Oberbürgermeister zu tun, damit verhindert wird, daß die Krankenhäuser nicht mehr durch solche ihr Gemüts- und Seelenleben gefährdende Akte, die mit Rücksicht nichts mehr zu tun haben, belästigt werden?
- Krankentafel und behandelnde Ärzte, die ihre Mitglieder resp. Patienten zur Genesung ins Städt. Krankenhaus einweisen resp. einweisen müssen, werden es sich ernstlich verbitten, daß solche Mißstände gegenüber den Kranken jemals wieder vorkommen. Das Verhalten der Krankenschwestern gibt nun Nachdenken an. Eines sei ihnen heute schon gesagt: Von dem Kreis, den sie damals, als sie durch Ordensschwestern ersetzt werden sollten, flehentlich angesprochen haben, sich für sie einzusetzen, haben sie für die Zukunft keinerlei Unterstützung mehr zu erwarten. a. m. t.

freute sich die Verammlung eines guten Besuches. Bei den wissenschaftlichen Vorträgen und Demonstrationen erwarb die neue patentierte Erfindung eines Vitalides, die Herstellung von kunstfertigen unzerbrechlichen Zähnen und Zahnpulvern, besonderes Interesse.

Beim Verabschiedungsabend und bei der Abschlusssfeier der Tagung wirkten die nachgenannten Karlsruher Künstler mit: Frau Janetta Wernsdorff, Frau Santa Geisler-Wernsdorff, Fräulein Ruth Müller als Sängerin, Fräulein Bertl Schwammberger und die kleine Wabi Ritt als Tänzerin, Herr Fritz Röhm als Rezitator, Herr Walter Bach als Sänger und Herr Hans Müller als Pianist. Sämtliche Genannten boten das Beste auf ihrem Gebiete und durften wohlverdienten reichlichen Beifall in Empfang nehmen.

Ueber den Aufenthalt in Karlsruhe und die abgelaufene Fahrt durch den dahlischen Schwarzwald waren die aus allen Teilen des Reiches gekommenen Teilnehmer hoch befriedigt. Als nächsttägiger Tagungsort wurde München in Aussicht genommen.

## Zufendung unbestellter Waren

Frau Schulte hat mit der Post ein kleines Paket empfangen, dessen Absender eine ihr unbekante Firma ist. Neugierig beginnt sie auszupacken. Zu ihrem Erstaunen findet sie einige schon seitliche Taschentücher vor und liest im Begleitbriefchen, daß sie dafür 1.50 Mark an die Lieferfirma senden soll. Sie weiß sich keinen Rat und erzählt ihrer Nachbarin, Frau Müller, die Angelegenheit. Doch keine von beiden weiß, was mit der Sendung anzuwenden ist. Die eine meint, man müsse die Taschentücher behalten und dafür das Geld einschicken, während die andere die Sendung schleunigst zurückschicken will. Wie ist die Rechtslage?

Die Zufendung unbestellter Waren enthält den Antrag zum Abschluß eines Kaufvertrages. Dieser kommt, wie jeder andere Vertrag, erst mit der Annahme des Antrages durch den Käufer (das ist hier der Empfänger der Sendung) zustande. Liegt nun in der Annahme des Paketes die Annahme des Kaufvertrages? Die Frage ist zu verneinen, da der Empfänger noch gar nicht weiß, um was es sich handelt. Er wird also zunächst zu gar nichts verpflichtet. Erst nachdem er von dem Inhalte, insbesondere dem Begleitbriefchen oder der beigefügten Rechnung Kenntnis genommen hat, kann er sich entschließen, ob er den Antrag des Verkäufers zum Abschluß eines Kaufvertrages annehmen will oder nicht. Die Annahme des Antrages kann darin liegen, daß er den geforderten Kaufpreis an den Verkäufer einschickt, oder in Handlungen, die auf die Annahme schließen lassen. a. B. wenn er die zugesandten Taschentücher benutzt, das zugesandte Buch aufschneidet u. s. w.

Der Empfänger ist also nicht etwa verpflichtet, sich auf den ihm zugesandten Antrag zu erklären und zwar selbst dann nicht, wenn der Antragende ihm mittelst, er betraute den Antrag als angenommen, falls er binnen gewisser Zeit keine Antwort erhalte. Der Empfänger unbestellter Waren braucht dies auch dann nicht zurücksenden, wenn in den Begleitbriefchen erklärt ist, daß bei Nichtzurücksendung innerhalb einer Woche die Ware als angenommen gelten solle. Er kann natürlich die Waren dem Absender zurückschicken, ist aber dazu nicht verpflichtet, auch wenn der Absender sich zur Kostenübernahme erbietet.

Will der Empfänger das Angebot des Absenders nicht annehmen, so muß er sich jeder Verfügung und Einwirkung auf die Sache enthalten. Er darf sie also nicht in den Papierkorb werfen oder an einem dem Regen ausgesetzten Stelle aufbewahren. Andererseits kann nicht von ihm verlangt werden, daß er die ihm unverlangt zugesandte Ware mit ganz besonderer Sorgfalt aufbewahrt. Wird die Sache beschädigt und kommt sie abhandelt, so haftet der Empfänger nur, wenn er die Beschädigung oder den Verlust vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet hat.

Bei der Zufendung unbestellter Waren muß man sich also zunächst klar werden, ob man sie behalten will. Wenn nicht, so hat man sich jeder Einwirkung auf sie zu enthalten. Um die Kosten für die Rücksendung zu sparen, verlange man von dem Absender sofortige Abholung oder Zufendung des Rückpostes

(\*) Nachahmungen von Reichsbanknoten zu Reklamazwecken. In letzter Zeit sind wiederholt Nachahmungen von Reichsbanknoten (sogenannte Blüten) zu Reklamazwecken verbreitet worden. Trotz der vorhandenen Abweichungen zeigen diese Blüten, besonders

wenn sie zusammengefaßt sind, oder der Reklametext durch Ueberkleben abgedeckt worden ist, eine Ähnlichkeit mit den echten Noten, so daß es in zahlreichen Fällen Betrügern gelungen ist, sie zu Zahlungen zu verwenden. Es erscheint angebracht, das Publikum, insbesondere die gewerblichen Kreise, darauf hinzuweisen, daß nach § 360 BfVerf. 6 St.G.B. die Anfertigung und Verbreitung von Reichsbanknoten, die in Reichsbanknoten, Anfertigungen oder anderen Druckfachen oder Abbildungen, welche in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, strafbar ist. Das Reichsbanknotendirektorat warnt daher vor Anfertigung und Verbreitung und gleichzeitlich auch vor Annahme betrüglicher Blüten.

(\*) In den Rubelstand. Direktor Karl Kuhn an der Gewerbeschule in Karlsruhe wurde wegen leidender Gesundheit zur Ruhe gesetzt. Herr Kuhn hat sich um die Karlsruher Gewerbeschule verdient gemacht. An ihrem Auf- und Ausbau ist keine Person auf engste verbunden.

(\*) Werbe-Vereinigungen der „Solidarität“ im Monat Juni. Aus Anlaß des Werbemonats Juni finden an folgenden Orten und Plätzen von Karlsruhe radportliche Vorführungen statt, bei denen die Reineinmännchen und Kunstfahrer der Arbeiter-Radfahrer, Ortsgruppe Karlsruhe, sowie eine Musiktruppe mitwirken werden. Wir erlauben die Bewohner der jeweiligen Stadtteile und Wohnorte der Plätze, sowie unsere gesamten Mitglieder und Freunde des Radportes den Veranstaltungen beizuwohnen zu wollen. Die Veranstaltungen finden wie folgt statt: Am 8. Juni: Weststadt (Gutenbergsplatz) und Mühlberg (Mühlbergplatz); am 11. Juni: Budaß (Schulhof) und Darzanden (Kirchplatz); am 18. Juni: Rühlheim (Schulhof); am 25. Juni: Rühlheim (Schulhof); am 2. Juli: Karlsruhe-Stadt (Werberplatz und Streßmannplatz). Treffpunkt der Mitwirkenden jeweils abends 7 1/2 Uhr an den bekannt gegebenen Plätzen. F. D.

## Veranstaltungen

Musisches Konzert. Die Schlußproben im Eintrachtchor nehmen heute, Dienstag, den 2. Juni, ihren Fortgang. Zum Vortrage kommen Kammermusikwerke, die eine alte Sonate für Violoncello und Violine, Kammerkonzert von Haydn, Trio 2-Moll von Mendelssohn und außerdem die große 5-Moll Sonate von Haydn und 2. Kammerkonzert. Vertagungsabend im Stadionsaal. Heute, Dienstag, den 2. Juni, von 20 bis 22.30 Uhr, findet wieder, wie üblich, das allgemein beliebte Abendkonzert unter Leitung von Musikdirektor Jürgens statt. Da der Hofkonzert bereits teilweise in Wüste steht, ist der Besuch des Gartens wie des Konzertes zu empfehlen.

## Auskünfte der Redaktion

A. S. Von dem gewünschten Gelände befindet sich solches in der Altsiedlung und im Dammertsdorf. Näheres erfahren Sie am besten auf dem Baubüro im Rathaus Nr. 80. Es wird Ihnen dort bereitwillig Auskunft erteilt.

Kirchenaustritt. 1. Wenn der Vater aus der Kirche ausgetreten ist, brauchen die Kinder unter 14 Jahren den Religionsunterricht nicht mehr besuchen. 2. Ein Kind, das über 14 Jahre alt ist, kann in dieser Frage selbst entscheiden. Nimmt das Kind am Religionsunterricht nicht teil, so kann es auch nicht konfirmiert werden, da der Besuch des Religionsunterrichts Voraussetzung ist zur Teilnahme an der Konfirmation.

S. D. Ein Kriegsbeschädigter mit 100 Prozent Rente darf Arbeit annehmen.

Königsbach. Wenn der Unfall auf dem Wege von oder zur Arbeit passiert ist, besteht Anspruch auf Unfallrente. Oder wenn der Motorradfahrer von den Kontrollbeamten direkt angehalten worden wäre und er durch dieses Verhalten zu Fall gekommen wäre, so könnte Schadenersatz bei der betreffenden Behörde verlangt werden. Da aber durch zu schnelles Bremsen der Sturz verursacht worden ist, so ist es sehr zweifelhaft, ob eine Schadenersatzverpflichtung besteht.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten: 29. Mai: Ludwig Gantler, Geschäftsführer i. R., Ehemann, alt 56 Jahre. Regina Späth, alt 73 Jahre, Witwe von Fridolin Späth, Bierführer. — 31. Mai: Marie Uhl, alt 81 Jahre, Ehefrau von Theodor Uhl, Schriftföhrer, Beerdigung am 2. Juni, 14 Uhr. Gisela, alt 6 Monate 16 Tage, Vater Peter Zell, Bürovorsteher. Beerdigung am 2. Juni, 14.30 Uhr. Albert Rufel, Reichsanwalt, Ehemann, alt 78 Jahre. Elternbestattung am 8. Juni, 11 Uhr. — 1. Juni: Franz Blattner, Elternbestattung a. D., ledig, alt 74 Jahre. Beerdigung am 3. Juni, 14.30 Uhr.



**Rasier-Klingen**  
10 Stück 50 Pfennig, Höchstleistung an Preiswürdigkeit!

Das Beste, das in dieser Preislage geboten werden kann, da vom Fachmann. Erprobte Klappen aller Preislagen stets frisch eintreffend.

**Kratz**  
Waldstraße 41  
gegenüber Hofapotheke

### Die Polizei berichtet:

#### Berkehrsunfälle

Auf der Straßenecke Marien- und Augustenstraße erfolgte gestern abend dadurch ein Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Personenkraftwagen, daß der in westlicher Richtung durch die Augustenstraße fahrende Motorradfahrer dem durch die Marienstraße fahrenden Personenkraftwagen gegenüber das Vorfahrtsrecht verletzte und mit zu hoher Geschwindigkeit gefahren ist. Beide Fahrzeuge stürzten um und wurden beschädigt. Ein 18 Jahre alter Schüler wurde leicht verletzt. Der Motorradfahrer war nicht im Besitz eines Führerscheins. Es ereigneten sich ferner noch 2 Zusammenstöße zwischen Personenkraftwagen und Radfahrern, bei denen leichter Sachschaden entstanden ist und die auf unvorsichtiges Fahren zurückzuführen sind.

Ein angegriffener Motorradfahrer, der das Publikum gefährdete, und nicht im Besitze eines Personalausweises war, mußte zur Anzeige gebracht werden.

#### Unfälle

Ein junger Mann erlitt gestern abend Ecke Kaiser- und Waldstraße einen Totschußanfall und mußte in das Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. Ferner mußte ein 50 Jahre alter Buchhalter, der in der Karlstraße einen epileptischen Anfall erlitten hatte, dem Krankenhaus ausgemittelt werden.

#### Wasserrohrbruch

Heute nacht wurde die Eisenbahnstraße durch den Bruch eines Wasserrohrs in einer Länge von etwa 200 Meter unter Wasser gesetzt. Bis zur Beendigung der Instandsetzungsarbeiten mußte die Straße für den öffentlichen Verkehr gesperrt werden.

#### Diebstähle

Aus einer Taschenuhr in Durlach ist ein Geldbetrag von 40 Mark gestohlen worden. Die Ermittlungen sind eingeleitet. Eine Birne von hier erstattete gestern abend die Anzeige, daß ihr beim Besuch der Messe aus ihrer Manteltasche ein Geldbeutel mit 14 Mark bar Geld und einem Lotterielos entwendet worden sei. Im Laufe des gestrigen Tages sind 4 Fahrräder gestohlen worden. 2 Fahrräder wurden aufgelesen.

#### Lichtspielhäuser

##### Reifens-Lichtspiele, Waldstraße 30

Heute, Dienstag, 5, 7, 9 Uhr finden die letzten Aufführungen des mit großem Erfolg aufgenommenen Kulturfilm-Dokumentars „Mit Byrd zum Südpol“, statt. Am morgen Mittwoch gelangt der mit großer Spannung erwartete Spielfilm „Dorchester“ nach dem Bühnenwerk des berühmten Straßburger-Berliner Regisseurs Richard Döberisch in die Kinosäle. Das Stück, das die Geschichte der Expedition des Polarforschers Robert Peary erzählt, wird von dem Regisseur selbst inszeniert. Das Stück, das die Geschichte der Expedition des Polarforschers Robert Peary erzählt, wird von dem Regisseur selbst inszeniert. Das Stück, das die Geschichte der Expedition des Polarforschers Robert Peary erzählt, wird von dem Regisseur selbst inszeniert.

#### Konzerte

Konzert des Singschors Karlsruhe. Dieser Chorleiter besitzt eine solide Tradition. Die Stimmen klängen prächtig zusammen. Die Sänger sind ganz bei der Sache und verstehen geschickt zu modulieren. Gefühl und Rhythmus ist ihnen eigen. Klar und deutlich die Staffage des Chorleiters Friedrich Müller. Er scheint viel Wert auf Reinheit des Tones und Prägnanz der Aussprache zu legen. Die einfachen Lieder wurden lebendig und in der Ausführung vorgetragen. Ganz auf den Frühling, auf die Liebe, auf die geliebteste Schwärmerin war das Programm eingestellt. Ein wenig auch des Guten! Dazu das mehr als mollige Gefühl der Wärme und des Schmitzens. Mit einem Satz: Es mußte bei allen Anwesenden Frühling werden. Sechs Lieder von Friedrich Schiller wurden sympathisch dargeboten. Etwas forschiger gelungen hätte das Lied „Do bleib bei mir“ nur gewonnen. Klavier „Der Bergstrom“ von Ludwig Baumann. Die Feinheiten wurden tonal ausgezeichnet dargestellt. Es funkelte und blühte nur so bei dieser sinnvollen Klavierbegleitung. Die Ausübenden dürften gelassen ein Erfolg haben. Sie wissen zu singen. So schön vollstimmig gelungene sind, aber in dieser Ausführung klingen sie ab. Die solistischen Darbietungen rekrutierten sich ebenfalls aus dem Gesamtprogramm. Eine in die Höhe gehende Vortragsweise. Lieber ein männlich-trägliches Stimmgewitter verliert die Fülle, das in der Höhe glanzvoll schillert und an der Spitze des Ausdrucks nichts zu wünschen übrig läßt. Sorgsam des allezeit Hermann Krieger am Flügel. Dem Konzert schloß sich ein Festbankett mit besonderem Programm an, das in der Hauptstadt der Ehre verdienter Vereinsmitglieder galt. Den Singschorsingen zu hören ist immer ein erfreuliches Ereignis. Schir.

#### Veranstaltungen

Waldisches Landestheater: Dienstag, 2. Juni. 20 Uhr. Singschorsingen: Abendkonzert. 20-22½ Uhr. Waldische Lichtspiele: 2000 Meilen unter dem Meer. 20.30 Uhr. Gloria-Palast: Wodderfest. Der schwarze Perrot. Sommer-Lichtspiele: Wien, die Stadt der Liebe. Wald-Lichtspiele: Die Angende Stadt. Reifens-Lichtspiele: Wird nicht zum Südpol. Union-Theater: Ich betrete meinen Mann. Zum Feiern: Tägliche Konzerte. 5-7 und 8-12 Uhr. Kaffee Bauer: Operetten- und Schlagerabend. 20½ Uhr. Straßal: Europa am Schweißwege, Sonntag, 10½-12 Uhr.

Kaffee Bauer. Auf den heutigen Operetten- und Schlager-Abend der Kaffee Bauer ist eingeladen. (siehe die Anzeige). Streichkonzert im Stadtpark. Am Mittwoch, dem 3. Juni ds. J., konzertiert das Philharmonische Orchester unter Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Krauß im Stadtpark. Das Konzert findet als Streichkonzert statt. Mit Rücksicht auf die vorgeschriebene warme Winterbekleidung ist das Streichkonzert nicht mehr, wie früher, um 12½ Uhr, sondern erst um 16 Uhr beginnend und um 18½ Uhr endigend.

**Tageskalender**  
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauswahlfraction  
Freitag, 5. Mai, abends 8 Uhr, im Stadtratsgebäude  
Fraktionsratung. Die Tagesordnung ist wichtig, deshalb vollständig erscheinen.

## Aus aller Welt

### Schwerer Autounfall in Frankfurt

Sieben Personen verletzt, darunter drei schwer

Frankfurt a. M., 1. Juni. In der Nacht vom Sonntag gegen 3 Uhr stießen an der Obermainbrücke auf dem Frankfurter Platz zwei Personenkraftwagen zusammen. Der Unfall war so heftig, daß sich beide Wagen überfliegen. Die drei Insassen des einen Wagens wurden herausgeschleudert, kamen aber mit leichteren Verletzungen davon. Der andere Wagen, der mit fünf Personen besetzt war und an dessen Steuer der Zahnarzt Dr. Salzmann saß, sankte erst ein Stück weiter, ehe er sich überschlug. Vier Insassen wurden unter dem Wagen herabgeworfen, während der vierte leichtere Verletzungen aufwies. Alle Verletzten wurden in das Heiliggeist-Hospital gebracht. Besonders schwere Verletzungen haben Dr. Salzmann und seine Frau erlitten, die noch am Sonntag abend demütlos waren.

### Abmontierung des bei Trier gelandeten französischen Flugzeuges

Trier, 1. Juni. Das hier gelandete französische Militärflugzeug ist freigegeben worden. Die Maschine darf nicht zurückfliegen, sondern muß durch französische Zivilingenieure, nicht durch militärisches Personal, abmontiert werden.

### Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongreß

Die beiden Kongresse des Internationalen Verbandes für Wohnungs- und Städtebau wurden durch den preussischen Reichsminister für Wohnungswesen eröffnet. Der Minister führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß noch immer bei fast allen Kulturvölkern der Druck der Wohnungsnot besteht, deren Beseitigung neben der Lösung des Arbeitslosenproblems heute die obersten Aufgaben jeder Staatspolitik seien.

### Rein Deutschlandflug der „G 38“ (D 2000)

Wie die Deutsche Luft-Hansa mitteilt, ist der geplante Deutschlandflug des Großflugzeuges „G 38“ aus Sparmaßregeln abgelaßt worden.

### Anschlag auf einen D-Zug mißlungen

Hannover, 1. Juni. In der Nacht vom 1. Juni wurden zwischen den Bahnhöfen Deiselselde und Forstfelde von unbekanntem Täter zwei eiserne Gegenstände in einen D-Zug auf die Gleise gelegt. Es wurden 1000 M. Belohnung für Auffindung der Täter ausgesetzt.

### Zusammenstoß zwischen Katholiken und Protestanten in Schottland

In Schottland kam es anlässlich einer römisch-katholischen Prozessionsfeier zu Zusammenstößen zwischen Katholiken und Protestanten. Die Polizei mußte einschreiten.

### Furchtbares Handgranatenunglück

Auf einem Truppenübungsplatz bei Kalken fand ein Knabe eine Handgranate, die er seinen Kameraden zeigte. Im selben Augenblick explodierte die Granate und riß den Knaben in Stücke. Fünfzehn weitere Knaben wurden verletzt, drei von ihnen haben im Krankenhaus. Der Zustand einiger der Knaben erweist sich als gefährlich.

### Deutsches Orchester in Paris

Das Leipziger Gewandhaus-Orchester unter Leitung von Dr. Bruno Walter hat sich in zwei Konzerten in dem größten Konzertsaal von Paris vorgestellt und starken Beifall gefunden.

### Auto im Strudel

Auf der Jar bei Jäging wurde ein mit drei Personen besetztes Auto, das dort hineingeraten war, von einem Strudel hinabgerissen, wodurch die Insassen den Tod fanden.

### Ende Juli Nordpolfahrt

Nach den neuesten Projekten soll das Luftschiff „Graf Zeppelin“ etwa am 20. Juli in Veningrad eintrafen und nach kurzem Aufenthalt nach Nordpol weiter fliegen. Als Flugweg ist die Strecke Veningrad-Archangel-Sewerskaja-Semlja-Grans-Joseph-Archipel-Arkis vorgeschrieben und als Rückweg die Strecke über Nowaja-Semlja direkt nach Berlin. Die Gesamtleitung des Fluges hat Dr. Semlja direkt nach Berlin. Die wissenschaftliche Professor Samoilowitsch, ferner werden noch weitere fünfzehn Wissenschaftler mitfliegen.

### Die Aufführung des Films „Dreigroschenoper“ in Basel verboten

Wie die Baseler Zeitungen berichten, ist die baselstädtische Aufführung des Filmbildes „Dreigroschenoper“ nach dem bekannten Stück von Brecht und Weill verboten worden.

### Mit 50 000 M. Wohnungsgelder geflüchtet

Ein Polizeikommissar, der im Auftrage der Bonner Volkshochschule bei der Reichsbank 50 000 M. Wohnungsgelder abgehoben hatte, ist mit diesem Betrag geflüchtet. Man vermutet, daß der Flüchtling, der aus Wies begünstigt ist, mit einem Kraftwagen zur französischen Grenze gefahren ist.

### Weltorganisation der Bäckermeister

Auf dem Internationalen Bäckerkongreß, der dieser Tage in Budapest stattfand, wurde die Schaffung einer Weltorganisation der Bäckermeister beschlossen, die den Namen „Union internationale des boulangers“ tragen wird. Der Sitz der Union ist Bern.

### Ullstein-Friede

Der Konflikt im Hause Ullstein, dessen von Georg Bernbard herausgeführtes gerichtliches Zwischenurteil bereits vor längerer Zeit

mit einer vollständigen Rehabilitierung Dr. Franz Ullstein endete, ist nunmehr beigelegt. Die aus dem Verlag gedrängten Dr. Franz Ullstein und Hermann Ullstein werden wieder im Hause mitarbeiten. Dr. Franz Ullstein wird neben Louis Ullstein den Vorsitz im Aufsichtsrat innehaben.

### Ehrung Piccards

Der Verfall der Schwelz wird Professor Piccard die goldene Medaille und Ingenieur Kipfer die silberne Medaille des Klubs verliehen.

### Bekanntes Operettentheater geschlossen

Die einmal berühmte Münchener Operettentheaterbühne „Theater am Gärtnerplatz“ schloß mit dem 30. Mal ihren Betrieb. In den letzten Jahren hatte das Theater dauernd mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

### Jungfrau von Orleans-Feier

Die Festlichkeiten aus Anlaß der 500. Wiederkehr des Todestages der Jungfrau von Orleans, die sich seit einigen Tagen in Rouen abwickeln, haben am Samstag, dem eigentlichen Gedenktage, ihren Höhepunkt erreicht. Auf dem alten Marktplatz, auf dem das Heidenmädchen im Jahre 1431 den Verbrennungstod erlitt, fand eine eindrucksvolle Feier statt, an der, umgeben von einer großen Menschenmenge, der Justizminister Berard im Namen der Regierung, über 50 Kardinäle und Bischöfe aus Frankreich und dem Ausland, darunter auch der Fürstbischof von England, als besonderer Abgesandter des Papstes, und die Seiten der Zivil- und Militärbehörden teilnahmen.

### Beim Feiern durch Kurzschluß getötet

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich in einem Feierngeschäft in Charlottenburg. Hier war die 17jährige Gerda Preß damit beschäftigt, eine Dame zu frisieren. Als sie den Apparat zum Trocknen der Haare in die Hand nahm, erlitt sie — allem Anschein nach infolge Kurzschlusses — einen derartigen elektrischen Schlag, daß sie erhebliche Brandwunden an den Händen erlitt und zu Boden stürzte. Man rief sogleich einen Arzt herbei, der aber nur den infolge innerer Verbrennung inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte.

### Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

Wien, 1. Juni. Im Zeremonienaal der Burg begannen heute die Verhandlungen der 37. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Dr. Krumpholtz, führte u. a. aus: „Von Anfang an hat es der Verein Deutscher Zeitungsverleger als eine seiner Hauptaufgaben erachtet, das Bewußtsein der höchsten Verantwortung zu schärfen und zu vertiefen. Gerade in unseren mit politischer Spannung erfüllten Tagen erwächst der gesamten deutschen Presse eine gewaltige Fülle bedeutungsvoller und verantwortungsvoller Aufgaben. Für uns alle, die wir deutschen Volkes und deutscher Jugend sind, ist die deutsche Sprache, ist das gedruckte deutsche Wort, ist die deutsche Zeitung das einigende Band geistiger Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Volkstums.“

Wien, 1. Juni. Die Teilnehmer an der 37. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Wien waren heute abend Gäste der österreichischen Bundesregierung auf einem Bankett in den Festräumen der Burg.

### Republikanisch-Sozialistischer Sieg in Spanien

Madrid, 2. Juni. (Sunddienst) Die Ersatzwahlen, die infolge von Unrechtmäßigkeiten in verschiedenen Gemeinden stattgefunden haben, brachten, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, einen vollständig republikanisch-sozialistischen Sieg. Die Wahlen sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ruhig verlaufen.

### Die Türkei partii

In Fortsetzung ihrer Sparpolitik hat die türkische Regierung beschlossen, ihre diplomatischen Vertretungen in Rio de Janeiro, Kuba, Tokio und Kanton aufzugeben.

### Die Kapitalflucht in Spanien

Ein Zugkontrollleur fand in einem Zug der Strecke Avila-Salamanca sechs Koffer im Gesamtgewicht von 175 Kilo, die zehn Millionen Peseten enthielten. Der Kontrollleur lieferte den Fund seiner vorgesetzten Stelle ab. Es ist eine Untersuchung über die Herkunft des Geldes eingeleitet worden.

### Geschmigung des Rücktritts Dr. Schürffs

Wien, 1. Juni. Der Bundespräsident hat dem Bundeskanzler in einem Schreiben mitgeteilt, daß er den Bundesminister für Justiz, Dr. Hans Schürff, vom Amt enthebe und gleichzeitig den Vizekanzler Dr. Schöberl mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Bundesministers für Justiz betraut.

### Gehaltskürzung in Japan

Die japanische Regierung hat beschlossen, ab 1. Juli die Gehälter der Lehrer mit einem Monatseinkommen von 100 Yen aufwärts zu kürzen. Mehr als 15 000 von insgesamt 30 000 Lehrern werden von dieser Maßnahme betroffen.

geklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das milde und unbefriedigende Wetter mit zeitweiligen Regenschauern hat bisher angehalten. Im Westen nähert sich ein Zwiischengebiet, dem über den Ozean eine neue Zirkone folgt. Vor Eintreten der neuen Störung ist daher mit kurzen Besserungen zu rechnen. Der allgemeine Witterungscharakter wird aber in der nächsten Zeit veränderlich bleiben, da die ozeanische Luftzufuhr anhält. Wetteraussehen für Mittwoch, 3. Juni: Vorübergehende Besserung.

### Wasserstand des Rheins

Basel 214, Badsbut 395, Schürsterrinsel 286, Rebl 415, Maxau 615, Mannheim 644 Zentimeter.

Anlaßlich der Karlsruher Messe veranstaltet die Firma Hermann Schmolzer & Co., Kaiserstraße 135, einen großen Messeverkauf zu den Einkaufspreisen 50 Pf. und 95 Pf. In den, dem Messecharakter entsprechenden höchsten befürzten Verkaufsräumen, findet der Kunde zu den erwiderten Preisen alle Gegenstände des täglichen Bedarfs. Doch auch sämtliche Bedarfsartikel in guten Qualitäten vorhanden sind, ist bei der jetzigen Witterung eine Selbstverständlichkeit.

## Aus dem Gerichtssaal

### Heiratschwindel

Im Karlsruhe, 29. Mai. Der 36 Jahre alte vorbestrafte verheiratete Bruno Stange aus Neuenburg (Graubünden) hat Ende vorigen Jahres einen Landwirt in Seelitz und dessen 29 Jahre alte Tochter in schamloser Weise herein gelockt. Im Dezember 1930 fing er mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis an, wobei er verschwieg, daß er verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist. Er sprach ihr, sie zu betrauten und schwindelte ihr vor, er habe eine Erbschaft von 6000 M. angetreten. Dann begab er sich mit ihr unter der Vorpiegelung, seine Mutter in Gera möchte die fünfzig Schweizerfranken sehen, auf eine Reise. Währenddem landete er an den Vater des Mädchens ein Duzend Telegramme und Briefe, in denen er ihn um Geld anbat, wobei er versah, er könne die Erbschaft erst später abgeben. Durch diese Schwindeltaten hat er den Vater veranlaßt, ihm noch und noch 360 M. zu schicken, die der völlig mittellose „Bäuerling“ für sich verbrauchte. Jetzt wurde gegen Stange, der wegen Betrugs im Rückfalle anhaftet, von dem Einzelrichter verhandelt. Das Gericht sprach gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Jahre aus, auf die zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet werden; außerdem wurden dem An-



